

SPD-Fraktion Rheingau-Taunus, Kleiststr. 10, 65232 Taunusstein
Herrn Kreistagsvorsitzenden
Klaus-Peter Willsch
Heimbacher Str. 7
65307 Bad Schwalbach

14. Mai 2019

Entwurf für Fraktion

Antrag: Die Kommunen müssen von der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020 profitieren

Durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird Hessen ab dem Jahr 2020 um jährlich über eine halbe Milliarde Euro entlastet. Der Kreisausschuss wird daher beauftragt, gemeinsam mit weiteren hessischen Gebietskörperschaften und den kommunalen Spitzenverbänden beim Land Hessen diese Summe für die kommunale Ebene einzufordern.

Begründung:

Laut aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Ende 2018 sind die hessischen Kommunen die am zweithöchsten verschuldeten in ganz Deutschland. Bei 5189 Euro pro Kopf liegt die Verschuldung der Städte, Gemeinden und Kreise in Hessen. Nur die Kommunen des Saarlands sind in Deutschland noch höher verschuldet.

Die Kommunen in Hessen sind strukturell unterfinanziert. Insbesondere deswegen, weil das Land den Kommunalen Finanzausgleich, eine wesentliche Einnahmequelle der Kreise, Städte und Gemeinden ab dem Jahr 2011 um jährlich fast 400 Mio. Euro kürzt. Außerdem werden den Kommunen immer mehr Pflichtaufgaben übertragen, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen.

Mit verheerenden Folgen:

- Kommunen müssen Leistungen streichen, Einrichtungen schließen, ehrenamtlich fürs Gemeinwohl arbeitenden Vereinen Unterstützungen entziehen, Steuern, Beiträge und Gebühren erhöhen.
- Die Schieflage der kommunalen Haushalte bedroht nicht nur den Standard im öffentlichen Leben. Artikel 28 des Grundgesetzes, die kommunale Selbstverwaltung mit finanzieller Ausstattung, wird in Hessen unterwandert.
- Nach Art. 137 Abs. 5 der Hess. Verfassung hat der Staat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Auch dieser Verfassungsauftrag wird nicht erfüllt.
- In den Kommunen fürchtet man, dass die Finanznot das politische System aushöhlt. Der Haushalt stellt sich von selbst auf, es gibt kaum noch Gestaltungsspielräume.
- Dies wirkt auch nicht anziehend auf politische Nachwuchstalente. Parteien finden kaum noch Kandidaten/innen für ihre Listen. Wer möchte schon gern sein ehrenamtliches Mandat in der Kommunalpolitik für die Umsetzung eines Katalogs der Grausamkeiten nutzen.